

POSTULAT von Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) und Janine Vannaz (CVP, Aesch)

betreffend Schutz der Kinder vor Misshandlungen im Kanton Zürich

Wir bitten den Regierungsrat, eine Strategie für weniger Kindesmisshandlungen auszuarbeiten, die präventiv wirkt.

Diese Strategie soll bspw. beinhalten:

1. Analyse der Meldungen und Massnahmen.
2. Überprüfung der aktuellen Präventionsangebote und deren Wirkung.
3. Analyse der Kindesschutzfälle, um Risikogruppen von Gefährdern und gefährdeten Kindern zu erfassen, um präventive Schutzangebote zu implementieren.
4. Erkennen der Lücken in notwendigen Präventionsangeboten.
5. Erfolgskontrolle mittels Erfassung und Analyse der durchgeführten Präventionsangebote nach Gruppen.

Christina Zurfluh Fraefel
Janine Vannaz

Begründung:

Der Regierungsrat hat unsere Anfrage KR-Nr. 230/2020 zum Kindesschutz im Kanton Zürich vom 22. Juni 2020 u.a. wie folgt beantwortet:

Am 1. Januar 2019 ist auf Bundesebene eine neue Melderegelung im zivilrechtlichen Kinderschutz (Art. 443 Abs. 2 ZGB i.V.m. Art. 314 Abs. 1 ZGB) in Kraft getreten. Diese Regelung hält fest, wer wann eine Meldung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) machen darf oder sogar muss. Es wird dabei zwischen einem Melderecht und Meldepflicht unterschieden.

Ziel der Regelung ist, dass die KESB rechtzeitig von gefährdeten Kindern erfährt. Es ist zentral, dass Kindeswohlgefährdungen so früh wie möglich erkannt werden. Damit kann sichergestellt werden, dass gefährdete oder misshandelte Kinder schnellen und wirksamen Schutz erhalten.

Gemäss dieser Antwort werden nicht die Meldungen erhoben, sondern die Anzahl der angeordneten Kindesschutz-Massnahmen (kesb-ch.ch/medienmitteilungen). Diese Zahl ist von 1647 (2018) auf 1751 (2019) gestiegen. Es wird nicht nach Art der Massnahme unterschieden. Wir vermissen eine qualitative Analyse. Mehr Massnahmen können auch bedeuten, dass früher und niederschwelliger eingegriffen wird.

Jede Traumatisierung von Kindern ist zu vermeiden – das Leid ist gross, bleibt oft lebenslang und kostet die Gesellschaft.